

Geschäftsstelle

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Beratungsunterlage zur 13. Sitzung

Arbeitsdokument zur fortlaufenden Sammlung und Auswertung der
Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung (DEMOS/Prognos)

Stand: 13. Juli 2015

<p>Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe K-Drs. /AG1-43</p>

Arbeitsdokument zur fortlaufenden Sammlung und Auswertung der Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung

Stand: 13.7.2015

Fokus auf zentrale Ergebnisse

In dieser Tabelle werden die zentralen Anregungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung dokumentiert. Die Auswahl wird von den Beteiligten und Moderatoren vorgenommen und von den Botschaftern geprüft. Dieses Verfahren ermöglicht die Nutzung der Ergebnisse im Bericht der Kommission.

Für die vollständige Dokumentation stehen je nach Beteiligungsformat Videodokumentationen oder Visualisierungsprotokolle zur Verfügung.

Hinweise zu den Spalten

- Thema:** Gliederung der Ergebnisse in Anlehnung an die jeweils aktuelle Struktur der Kommission. Die Zuordnung ist im Rahmen der Fortschreibung laufend zu überprüfen.
- Inhalt:** Beschreibung der inhaltlichen Anregung und des Zustimmungsgrads innerhalb der Arbeitsgruppe (**weitgehender Konsens**, **Dissens**, oder **Einzelvotum**)
- Quelle:** Veranstaltung bzw. Beteiligungsformat, ggf. Arbeitsgruppe oder Datum, Link zur Gesamtdokumentation
- Botschafter:** Zuständige Botschafterinnen und Botschafter, ggf. AG-Zuordnung
- Nutzung:** Beschreibung, ob und wie die Anregung im Kommissionsbericht genutzt wird

Nr.	Thema	Inhalt und Zustimmungsgrad	Quelle	Botschafter	Nutzung
1	Grundsätze				
1.1	Konsensbildung				
1.1.1	Definition Konsens	Um einen „ gesellschaftlichen Konsens “ bei der Standortauswahl feststellen zu können, sollte die Kommission klären, welche Qualität und Umfang von Zustimmung zu den Standortsuchbedingungen sie darunter versteht. Gesellschaftlicher Konsens ist ein Prozess. Spielregeln müssen definiert, die Glaubwürdigkeit des Verfahrens belegt werden. (weitgehender Konsens)	Bürgerdialog 20.6.2015, Fokusgruppe 1 „Standortsuche im gesellschaftlichen Konsens“ Videodokumentation: http://dbtg.tv/cvid/5296572	Frau Kotting-Uhl, Herr Meister, Ad hoc Leitbild und AG 1	

Nr.	Thema	Inhalt und Zustimmungsgrad	Quelle	Botschafter	Nutzung
1.1.2	Bestehende Konsense	<p>Die Gruppe sieht derzeit als bestehende Konsense in der Gesellschaft und auch in der Kommission:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Es gibt die nationale Verantwortung, den Atommüll in Deutschland zu lagern. - Die Öffentlichkeit muss früh an der Standortsuche beteiligt werden (z.B. Organisation regelmäßiger Veranstaltungen wie den Bürgerdialog). - Die Kriterien für die Auswahl eines langfristigen Standorts müssen wissenschaftlich basierend entwickelt werden. - In der Debatte müssen gegensätzliche Meinungen akzeptiert und ein konstruktiver Umgang damit gefunden werden. <p>(weitgehender Konsens)</p>	<p>Bürgerdialog 20.6.2015, Fokusgruppe 1 „Standortsuche im gesellschaftlichen Konsens“</p> <p>Videodokumentation: http://dbtg.tv/cvid/5296572</p>	<p>Frau Kotting-Uhl, Herr Meister, Ad hoc Leitbild und AG 1</p>	
1.1.3	Gesetzliche Verankerung	<p>Die These „Eine gesellschaftlich akzeptierte Endlagerentscheidung ist nur bei einem grundgesetzlich verankerten Atomausstieg möglich“ wurde von einem Teil der Gruppe nicht bestätigt.</p> <p>(Dissens)</p>	<p>Bürgerdialog 20.6.2015, Fokusgruppe 3 „Alternativen zur Endlagerung in Bergwerken“</p> <p>Videodokumentation: http://dbtg.tv/cvid/5296574</p>	<p>Herr Kudla, Herr Kleemann, AG 3</p>	
2	Öffentlichkeitsbeteiligung				
2.1	Information				

Nr.	Thema	Inhalt und Zustimmungsgrad	Quelle	Botschafter	Nutzung
2.1.1	Leitlinien der Information	<p>Die Information der Öffentlichkeit ist die Voraussetzung für eine gesellschaftliche Einigung. Der Kommission wird empfohlen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - über die konkreten Risiken aufzuklären, um unspezifische Befürchtungen und Ängste durch aufgeklärte Risikowahrnehmung zu ersetzen; - Betroffenheit aufzuzeigen, um bislang nicht-interessierte Gruppen zu erreichen; - eine Kampagne durchzuführen, die von der Art und Weise mit „Gib AIDS keine Chance“ vergleichbar ist und mit plakativen Aussagen Bürger für das Thema sensibilisiert; - sehr niederschwellige Informationsangebote zu machen, z.B. durch kurze, erklärende Videoclips in den sozialen Medien - repräsentative Bürgerbefragungen durchzuführen, um den Informationsbedarf und Einschätzungen der Bevölkerung messen zu können. - Seriöser Journalismus ist ein wichtiges Mittel der Kommunikation <p>(weitgehender Konsens)</p>	<p>Bürgerdialog 20.6.2015, Fokusgruppe 1 „Standortsuche im gesellschaftlichen Konsens“</p> <p>Videodokumentation: http://dbtg.tv/cvid/5296572</p>	<p>Frau Kotting-Uhl, Herr Meister, Ad hoc Leitbild und AG 1</p>	
2.1.2	Niederschwellige Angebote	<p>Wir brauchen Informations- und Beteiligungsangebote, die leicht und verständlich zugänglich sind, auch für diejenigen, die keine Fachexperten sind.</p> <p>Es sollte zu jeder Zeit möglich sein, in den Beteiligungsprozess einzusteigen, auch wenn man vorherige Schritte „verpasst“ hat.</p> <p>(weitgehender Konsens)</p>	<p>Bürgerdialog 20.6.2015, Fokusgruppe 2 „Einfluss der Öffentlichkeit auf das Suchverfahren“</p> <p>Videodokumentation: http://dbtg.tv/cvid/5296573</p>	<p>Herr Gaßner, Herr Ott, AG 1</p>	
2.2	Ergebnissicherung				

Nr.	Thema	Inhalt und Zustimmungsgrad	Quelle	Botschafter	Nutzung
2.2.1	Zusammenfassung nachvollziehbar	<p>Wenn die Beteiligung stark auf die Erarbeitung von Ergebnissen fokussiert, und viel Wert auf den Transport dieser Ergebnisse an die Entscheidungsträger liegt, besteht die Gefahr, dass Beteiligte ihre Wahrnehmung der Diskussionsinhalte nicht ausreichend in der Zusammenfassung wiederfinden und sich schlechtesten Fall manipuliert fühlen.</p> <p>Zukünftige Beteiligungsformate sollten daher sehr hohen Wert darauf legen, die Ergebnissicherung methodisch so zu gestalten, dass die Auswahl der Gesprächspunkte für die Zusammenfassung für alle Beteiligten nachvollziehbar ist.</p> <p>(Einzelvotum)</p>	<p>Bürgerdialog 20.6.2015, Plenum, Einzelstimme mit viel Beifall</p> <p>Videodokumentation: http://dbtg.tv/cvid/5296573</p>	Herr Gaßner, Herr Ott, AG 1	
2.3	Mitbestimmung				
2.3.1	Vetorecht	<p>Wann soll es ein Vetorecht geben? Einzelstimmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die letztendliche Standortentscheidung soll von politisch gewählten Repräsentanten getroffen werden. Die Kommunen sollten hier kein Vetorecht haben. Die Kommunen sollten aber in der Lage sein, unter bestimmten Voraussetzungen Verfahrensschritte abubrechen, so dass sie neu gestartet werden müssen. <p>Für wen soll es ein Vetorecht geben?</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Gruppe hat keine Definition gefunden, wie die mitbestimmende Region abgegrenzt werden kann, sieht diese Definition aber als wichtige Aufgabe für die Kommission. <p>Wie kann man die Bereitschaft generieren, dass sich Regionen an der Standortsuche beteiligen?</p> <ul style="list-style-type: none"> - Es muss Ausgleichsmaßnahmen geben, die die Nachteile der Region kompensieren. Sie müssen aber vollständig transparent vergeben werden. <p>(Dissens)</p>	<p>Bürgerdialog 20.6.2015, Fokusgruppe 2 „Einfluss der Öffentlichkeit auf das Suchverfahren“</p> <p>Videodokumentation: http://dbtg.tv/cvid/5296573</p>	Herr Gaßner, Herr Ott, AG 1	

Nr.	Thema	Inhalt und Zustimmungsgrad	Quelle	Botschafter	Nutzung
2.3.2	Volksentscheid	<p>Die Gruppe war sich nicht einig, ob die Instrumente Volkssentscheid und regionales Vetorecht dazu beitragen kann, den Standort mit bestmöglicher Sicherheit zu finden.</p> <p>Vetorecht:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Auf der einen Seite kann ein Vetorecht die gesellschaftliche Akzeptanz steigern, auf der anderen Seite besteht das Risiko im Prozess der Standortsuche nicht weiter zu kommen. - Ist ein Vetorecht bei einem gesellschaftlichen Konsens noch notwendig? <p>Volksentscheid:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Es sollte kein Volksentscheid über die Standortentscheidung geben, sondern über den Prozess der Standortsuche. - Für einen Volksentscheid besteht die Herausforderung breite Teile der Bevölkerung für den Entscheid zu aktivieren. Jedoch ist in Deutschland die Kultur einer direkten Beteiligung noch nicht sehr ausgeprägt. <p>(Dissens)</p>	<p>Bürgerdialog 20.6.2015, Fokusgruppe 1 „Standortsuche im gesellschaftlichen Konsens“</p> <p>Videodokumentation: http://dbtg.tv/cvid/5296572</p>	<p>Frau Kotting-Uhl, Herr Meister, Ad hoc Leitbild und AG 1</p>	
3	Standortkriterien				
3.1	Entsorgungspfade				

Nr.	Thema	Inhalt und Zustimmungsgrad	Quelle	Botschafter	Nutzung
3.1.1	Einordnung der Entsorgungspfade	Die von der AG 3 erstellte Liste der Entsorgungspfade erscheint der Gruppe vollständig. Auch die vorgeschlagene Kategorisierung (A: Aktive Weiterverfolgung, B: Beobachtung, C: Keine realistische Alternative) wird als plausibel bewertet. Die Option Langzeitzwischenlagerung sollte im Zusammenhang mit der Aussicht auf spätere Forschungsergebnisse zu tiefen Bohrlöchern betrachtet werden. (weitgehender Konsens)	Bürgerdialog 20.6.2015, Fokusgruppe 3 „Alternativen zur Endlagerung in Bergwerken“ Videodokumentation: http://dbtg.tv/cvid/5296574	Herr Kudla , Herr Kleemann, AG 3	Anm. Herrn Wenzel während der Veranstaltung: Konsens wird in der Kommission nicht geteilt. Beweis für die Beherrschbarkeit der Tiefenlagerung steht noch aus.
3.1.2	Abfallarten	Mittel- und schwachradioaktive Abfälle sollten <u>nicht</u> Gegenstand der Kommissionsarbeit sein, damit das Problem der hochradioaktiven Abfälle fokussiert bearbeitet werden kann. (weitgehender Konsens)	Bürgerdialog 20.6.2015, Fokusgruppe 3 „Alternativen zur Endlagerung in Bergwerken“ Videodokumentation: http://dbtg.tv/cvid/5296574	Herr Kudla , Herr Kleemann, AG 3	
3.1.3	Transmutation	Die Gruppe konnte sich nicht darauf einigen, ob die Technologie der Transmutation weiter beobachtet (B) oder als nicht realistische Alternative (C) eingeordnet werden soll. (Dissens)	Bürgerdialog 20.6.2015, Fokusgruppe 3 „Alternativen zur Endlagerung in Bergwerken“ Videodokumentation: http://dbtg.tv/cvid/5296574	Herr Kudla , Herr Kleemann, AG 3	
3.1.3.1	Transmutation	Eine Teilnehmerin äußerte explizit, dass sie ihre Meinung in der Diskussion geändert hat, nachdem sie gehört hatte, dass für die weitere Erforschung der Transmutation eine Nuklearindustrie erforderlich sei. (Einzelvotum)	Bürgerdialog 20.6.2015, Fokusgruppe 3 „Alternativen zur Endlagerung in Bergwerken“ Videodokumentation: http://dbtg.tv/cvid/5296574	Herr Kudla , Herr Kleemann, AG 3	

Nr.	Thema	Inhalt und Zustimmungsgrad	Quelle	Botschafter	Nutzung
3.1.4	Standort-bewertung	Die Eignung eines Standorts kann nur im Vergleich mehrerer Standorte ermittelt werden. Ein derartiger Standortvergleich muss wissenschaftlich überprüft werden. (weitgehender Konsens)	Bürgerdialog 20.6.2015, Fokusgruppe 3 „Alternativen zur Endlagerung in Bergwerken“ Videodokumentation: http://dbtg.tv/cvid/5296574	Herr Kudla , Herr Kleemann, AG 3	
3.2.	Fehlerkorrekturen				
3.2.1	Rückholbarkeit spezifizieren	Das Kriterium der Rückholbarkeit und Bergbarkeit sollte von der Kommission sehr viel spezifischer ausarbeitet werden, um Sicherheit und Fehlertoleranz im zeitlichen Verlauf besser beurteilen zu können. (weitgehender Konsens)	Bürgerdialog 20.6.2015, Fokusgruppe 3 „Alternativen zur Endlagerung in Bergwerken“ Videodokumentation: http://dbtg.tv/cvid/5296574	Herr Kudla , Herr Kleemann, AG 3	
3.2.2	abweichende Expertenstimmen	Kritische Stimmen sollten bei der Ausarbeitung der Bewertungskriterien sorgfältig angehört werden. Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, dass von der Mehrheitsmeinung abweichende Expertenstimmen häufig marginalisiert wurden. (weitgehender Konsens)	Bürgerdialog 20.6.2015, Fokusgruppe 3 „Alternativen zur Endlagerung in Bergwerken“ Videodokumentation: http://dbtg.tv/cvid/5296574	Herr Kudla , Herr Kleemann, AG 3	
4	Finanzierung				
4.1.	Fonds/Stiftung				
4.1.1	Zieldefinition	Die zu zentral zu lösende Frage lautet: Wie stellen wir als Bürger und Steuerzahler sicher, dass wir am Ende nicht auf dem größten Teil der Kosten sitzen bleiben? (weitgehender Konsens)	Bürgerdialog 20.6.2015, Fokusgruppe 4 „Kosten verursachergerecht tragen“ Videodokumentation: http://dbtg.tv/cvid/5296575	Herr Jäger, Herr Sommer, Ad hoc EVU-Klagen	

Nr.	Thema	Inhalt und Zustimmungsgrad	Quelle	Botschafter	Nutzung
4.1.1 .1	Zieldefinition	Von einzelnen Teilnehmern wurde hinterfragt, ob das geltende Verursacherprinzip angesichts der Kosten und der wirtschaftlichen Lage der EVU vollständig realisiert werden kann. (Einzelvotum)	Bürgerdialog 20.6.2015, Fokusgruppe 4 „Kosten verursachergerecht tragen“ Videodokumentation: http://dbtg.tv/cvid/5296575	Herr Jäger, Herr Sommer, Ad hoc EVU-Klagen	
4.1.2	Modell	Die Kommission sollte herausfinden, welches Modell (Fonds/Stiftung) in welcher Kombination oder auch als Einzellösung eine Finanzierung der dauerhaften Abfalllagerung bestmöglich absichert. (weitgehender Konsens)	Bürgerdialog 20.6.2015, Fokusgruppe 4 „Kosten verursachergerecht tragen“ Videodokumentation: http://dbtg.tv/cvid/5296575	Herr Jäger, Herr Sommer, Ad hoc EVU-Klagen	
4.1.3	Verursacherdefinition	Wieviel mehr Sicherheit bekommen wir zu welchem Preis? Wie hoch muss das Fonds/Stiftungsvermögen dafür bemessen werden? Wer ist der Verursacher für kostenintensive Sicherheitsanforderungen? (Einzelvotum)	Bürgerdialog 20.6.2015, Fokusgruppe 4 „Kosten verursachergerecht tragen“ Videodokumentation: http://dbtg.tv/cvid/5296575	Herr Jäger, Herr Sommer, Ad hoc EVU-Klagen	
4.1.4	Transparenz	Die Kommission sollte sich dafür einsetzen, dass bisher nicht öffentliche Papiere, die das Thema Finanzierung und Fondslösung betreffen, öffentlich gemacht werden. (weitgehender Konsens)	Bürgerdialog 20.6.2015, Fokusgruppe 4 „Kosten verursachergerecht tragen“ Videodokumentation: http://dbtg.tv/cvid/5296575	Herr Jäger, Herr Sommer, Ad hoc EVU-Klagen	
4.1.5	Kontrollorgan	Es muss ein Kontrollorgan für den Fonds/die Stiftung geschaffen werden, das ein wirtschaftlich und gesellschaftliche verantwortliches Handeln sicherstellt. Über die Zusammensetzung des Kontrollorgans wurde keine gemeinsame Empfehlung ausgesprochen. (weitgehender Konsens)	Bürgerdialog 20.6.2015, Fokusgruppe 4 „Kosten verursachergerecht tragen“ Videodokumentation: http://dbtg.tv/cvid/5296575	Herr Jäger, Herr Sommer, Ad hoc EVU-Klagen	

Nr.	Thema	Inhalt und Zustimmungsgrad	Quelle	Botschafter	Nutzung
4.1.6	Kontinuität	<p>Für Aufgaben, die die Kommission in ihrer Laufzeit nicht mehr abarbeiten kann, soll die Kommission einen Verfahrensvorschlag entwickeln, der die Transparenz und das zeitlichen Vorgehen beschreibt.</p> <p>Nach Ende der Kommissionszeit soll eine zentrale Anlaufstelle als Ansprechpartner für Bürger, Wissenschaftler etc. geschaffen werden.</p> <p>(weitgehender Konsens)</p>	<p>Bürgerdialog 20.6.2015, Fokusgruppe 4 „Kosten verursachergerecht tragen“</p> <p>Videodokumentation: http://dbtg.tv/cvid/5296575</p>	<p>Herr Jäger, Herr Sommer, Ad hoc EVU-Klagen</p>	
5	Evaluierung	Evaluierung des Standortauswahlgesetzes			
5.1	Behördenstruktur				
5.1.1	Aus- und Weiterbildung	<p>Bei der Neuorganisation muss auf den Erhalt und Aufbau von Fähigkeiten und Kompetenzen Wert gelegt werden, da die Arbeitsfähigkeit über viele Jahrzehnte gesichert werden muss.</p> <p>Dafür muss klar und bald kommuniziert werden, dass es berufliche Perspektiven bei der Lagerung radioaktiver Abfallstoffe gibt und dass es sich lohnt, sich in diesem Bereich auszubilden.</p> <p>Im Rahmen der Neuordnung sollten die Fragen der Aus- und Weiterbildung beantwortet werden.</p> <p>(weitgehender Konsens)</p>	<p>Bürgerdialog 20.6.2015, Fokusgruppe 5 „Bau, Betrieb und Kontrolle neu organisieren“</p> <p>Videodokumentation: http://dbtg.tv/cvid/5296576</p>	<p>Herr Fischer, Herr Brunsmeier, AG 2</p>	<p>Anm. Herrn Wenzel während der Veranstaltung: Der Begriff „Kompetenzerhalt“ ist seit der Debatte um Gorleben verbrannt, weil mit diesem Argument der Weiterbetrieb verteidigt wurde.</p>
5.1.2	Internationale Auswirkungen	<p>Die Kommission sollte prüfen, ob die internationalen Freihandelsabkommen (TTIP, CETA) Auswirkungen auf die Organisationsstruktur haben könnten. So sollte z.B. geprüft werden, ob US-amerikanische Dienstleister sich in die Aufgabe einklagen könnten, oder ob solche Befürchtungen keine Grundlage haben.</p> <p>(weitgehender Konsens)</p>	<p>Bürgerdialog 20.6.2015, Fokusgruppe 5 „Bau, Betrieb und Kontrolle von Endlagern“</p> <p>Videodokumentation: http://dbtg.tv/cvid/5296576</p>	<p>Herr Fischer, Herr Brunsmeier, AG 2</p>	

Nr.	Thema	Inhalt und Zustimmungsgrad	Quelle	Botschafter	Nutzung
5.1.3	Kontrollfunktion	<p>Es war keine Einigung zu erzielen, wo die Kontrollfunktion anzusiedeln sei. Aspekte der Diskussion waren u.a.:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Betreibergesellschaft soll nicht beim gleichen Ministerium liegen wie die Genehmigungsbehörde, damit die Kontrollfunktion wirksam wahrgenommen werden kann. - Die Betreibergesellschaft soll nicht beim Finanzministerium liegen, da der Bund hier als größter staatlicher Abfallbesitzer in einen Interessenkonflikt geraten würde. <p>(Dissens)</p>	<p>Bürgerdialog 20.6.2015, Fokusgruppe 5 „Bau, Betrieb und Kontrolle neu organisieren“</p> <p>Videodokumentation: http://dbtg.tv/cvid/5296576</p>	<p>Herr Fischer, Herr Brunsmeyer, AG 2</p>	

Das Dokument ist darauf angelegt, mit den Ergebnissen der weiteren Beteiligungsformate fortgeschrieben zu werden. Auch die Gliederung und Reihenfolge der Punkte ist dabei laufend anzupassen.